

# BAUWIRTSCHAFT UND BAURECHT

FINANZIERUNG • WOHNUNGSWIRTSCHAFT  
BAUINDUSTRIE UND BAUGEWERBE  
RECHTSFRAGEN UND -AUSKÜNFTE

BEILAGE ZUR DEUTSCHEN BAUZEITUNG NR. 99-100

HERAUSGEBER REGIERUNGS-BAUMEISTER FRITZ EISELEN

ALLE RECHTE VORBEHALTEN • FÜR NICHT VERLANGTE BEITRÄGE KEINE GEWÄHR

DBZ  
1930

64. JAHR

10. DEZEMBER

B NR. 50

BERLIN SW 48

## XIII. KONGRESS FÜR HEIZUNG UND LÜFTUNG 1930

### BERICHT VOM STANDPUNKT DES ARCHITEKTEN

VON REG.-BAURAT DR.-ING. KUHBERG, BERLIN

Unter Vorsitz des Min.-Rats Dr. h. c. Schindowski von der Hochbauabteilung im preuß. Finanzministerium fand ein Kongreß statt, der Aufschluß geben sollte über die Fortschritte des Heizungs- und Lüftungswesens seit der Tagung des XII. Kongresses 1927 in Wiesbaden. Nach den Begrüßungen der Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, der in großer Zahl erschienenen ausländischen Fachleute und der zahlreichen Teilnehmer hielt Dir. Dieterich, Berlin, den einleitenden Vortrag über „Wirtschaft, Wissenschaft und Technik“.

Das letzte Jahrzehnt bedeutet für die Welt den Übergang von der „machtpolitischen“ in die „wirtschaftliche“ Weltgeschichte. Wenn man die Frage beantworten will, weshalb trotz des Niederganges die Ansprüche an das Heizungs- und Lüftungsgewerbe gestiegen sind, so muß man beachten, daß mit der Steigerung der Intelligenz auch eine Steigerung der Lebensansprüche einherging, wie sie früher nicht denkbar war. Die Heizung gilt heute nicht mehr als klimatisches Übel, sondern als Korrektur des Klimas, als ein Gebrauchsmittel.

„Der Wärmeschutz“ der Gebäude ist für die Bauwelt zur Zeit das größte wirtschaftliche Problem, mit dem Ziel, die einmal eingeführte Wärme möglichst restlos innerhalb des Raumes zu verbrauchen und nicht durch Wärmeüber- und -durchgang und Wärmestrahlung gewissermaßen den Weltraum zu heizen. Eine Ausnutzung des elektrischen Stromes für die Heizung wird erst dann eine Bedeutung gewinnen, wenn es gelingt, den Strom unmittelbar aus der Kohle zu erzeugen und den Preis für 1 kWh auf den Bruchteil eines Pfennigs herabzudrücken. Vergleiche mit Amerika, wo 80 v. H. aller Heizungen zentralisiert sind — gegenüber Deutschland mit 20 v. H. —, beweisen, daß höchste Wirtschaftlichkeit die höchste Harmonie zur Erreichung größter Ziele mit den geringsten Mitteln bedeute.

Über den heutigen „Stand der Heizungstechnik“ erstattete sodann Stadtbaurat Dr.-Ing. E. h. L. Wahl, Dresden, Bericht. Die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Wohnraum und zentraler Beheizung ist zur Zeit die wichtigste Aufgabe für den Architekten und den Heizungsingenieur. Die Zahl derer, die ihre Heizung (Stockwerksheizung) selbst bedienen müssen, steigt, weshalb die Bedienung immer einfacher werden muß. Die Frage der Zentralisation oder Dezentralisation ist noch zu entscheiden. Zur Beseitigung von Streitigkeiten zwischen Hauswirt und Mieter um die richtige Berechnung des Verbrauchs an Brennstoff ist die Schaffung einer Tarifbildung und richtiger Preisbemessung von größter Wichtigkeit, besonders, da auch die Kilowattstunde verschieden bewertet wird:

1. nach der Zeit, in der sie verbraucht wird, und
2. nach der mehr oder weniger vollen Ausnutzung des Anschlußwertes.

Auch für den Heizungsingenieur muß die Lösung: „Wertung und Dienst am Kunden“ sein. Dazu helfen die in letzter Zeit eingebauten „Einzelwärmesähler“,

da diese nach den vorliegenden Berichten den Forderungen der Praxis entsprechen. Dadurch wird das Gebiet der Heizung nicht nur vertieft, sondern wesentlich erweitert. Das Hochhaus stellt neue Aufgaben, besonders im Anschluß an die Städteheizung ist es ein bewährter Abnehmer. Die Städteheizung wird mehr und mehr eine organische Ergänzung der Elektrizitätswerke. Die Anlehnung an vorhandene Kraftwerke hat Vorteile, ist andererseits auch durch die Kapitalknappheit bedingt. Die Stromspitzenbelastung fällt zeitlich mit der Heizspitze nicht zusammen, so daß durch die Städteheizung gleichmäßigere Ausnutzung der Kraftwerke ermöglicht wird. Der Kältewinter 1928/29 als besonderes Prüffahr hat gezeigt, daß die Mehrzahl der Heizungsanlagen der harten Kraftprobe gewachsen war.

Über die Fragen der sich langsam in Deutschland einbürgernden „Ölfeuerung“ sprach sodann Prof. Dr.-Ing. W. Wilke i. Fa. I. G. Farben, Ludwigshafen, wie folgt: Von 100 000 im letzten Jahre in Deutschland ausgeführten Heizungsanlagen sind nur 200 mit Ölfeuerung ausgerüstet worden; in Amerika dagegen kommen auf 1,5 Mill. ausgeführter Anlagen etwa 500 000, selbst in Holland ist der Prozentsatz ein größerer als in Deutschland. Im Vergleich mit der Koksheizung ist die Ölfeuerung in Deutschland nicht so wirtschaftlich, allerdings sind die Annehmlichkeiten größere. Der Verbrauch ausländischen Öles kommt für Deutschland vorerst nicht in Betracht. Im Vergleich zu den 6 bis 7 Mill. t Koks, die für Zentralheizungen verbraucht werden, ist die in Deutschland erzeugte Heizölmenge (560 000 t = 800 000 t Koks) verhältnismäßig gering und unbedeutend. Die Ölfeuerung kann halb- oder auch ganzautomatisch betrieben werden, bei ganzautomatischem Betrieb setzt ein Zimmerthermostat die Ölfeuerung durch elektrische Zündung in Gang, bei sinkender Temperatur wird diese ausgeschaltet. Vorläufig hat die Ölfeuerung nur Bedeutung für die Übergangszeit als Spitzendeckung und die größere Bequemlichkeit, Eigenschaften, die der stärkste Konkurrent: Ferngas auch hat. Ihr gleichwertiger Gegner wird das Ferngas werden.

Dipl.-Ing. Albrecht, Ob.-Ing. der Gas-Verbrauchs-G. m. b. H., Berlin, führt über „Grundsätzliches zur Frage der Gasheizung“ aus: Es bleibt die Frage zu klären, ob die Gaswerke bei Lieferungen für Heizzwecke besondere Preise machen müssen, um den zentralen Heizbetrieb zu verbilligen. Die Vorbedingungen sind örtlich aber ganz verschieden. So erzeugt man z. B. in Ostpreußen das Gas nur, um den Koks zu gewinnen, der dort gut bezahlt wird, während in anderen Gegenden ein allzu hoher Koksanfall unbequem ist.

Nach Versuchen von Junkers, Dessau, brauchte bei 100 Brennstoffanteilen der Kohlenzentralheizung die Gasheizung nur 70, die Gas-Einzelheizung nur 27 Teile. Der geringere Wärmeverbrauch der Gasheizung ergibt sich durch die kurze Anheizzeit, bei der sofort der Beharrungszustand erreicht wird. Während man bei der Zentralheizung mit nur etwa 200 Heiztagen rechnet, muß man diese bei der Gasheizung auf rd. 250 annehmen, da an einzelnen kühlen Tagen im Sommer diese Heizung sehr rasch in Gang gesetzt werden kann.



Ein Nachteil ist allerdings: Wenn man eine Gasheizung vergift, brennt sie weiter, vergift man jedoch eine Koksheizung, so geht sie aus. Bei automatischer Steuerung ist die Zündflammsicherung von großer Bedeutung. Die Gliederung der Heizung in einen gas- und einen koksgefeuerten Kessel ist unbedingt von Vorteil. Denn dann wird das Gas nur zum Anheizen verwendet, während der Koks zum Vollastfahren verbraucht wird. Trotzdem man in Dresden immer auf die um 100 v. H. höheren Gasheizkosten gegenüber Koks hinweist, haben doch bereits dort 70 Häuser Gasheizung. Die Gasheizung ist das gleiche wie die Ölfeuerung, nur muß bei Öl erst die Umwandlung an Ort und Stelle erfolgen, während das Gas unmittelbar gebraucht werden kann und außerdem auch keinen Lagerplatz erfordert, den auch das Öl, wenn auch im beschränkten Umfange, noch gebraucht.

Der Vortrag von Prof. Dr. Kröhnke, Berlin, über „Korrosionsfragen bei Zentralheizungs- und Warmwasserbereitungsfragen“ erläuterte die wichtigen Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet, konnte aber keine positiven Angaben bringen, da alle Untersuchungen bisher naturgemäß negativ verliefen. Die Tatsache bleibt nach wie vor bestehen, daß die Korrosionen weit weniger vom Material abhängig sind als von den Einflüssen auf das Material.

Der Vortrag von Dr.-Ing. Max Moeller (Siemens & Halske A.-G., Berlin) über „Meßtechnische Überwachung von Städteheizungen“ brachte einen allgemeinen Überblick über die bekannten Meßapparate zur Messung des Kondensats bzw. zur Messung der durchgehenden Wassermenge mit Temperaturen.

Das Kapitel „Einzelwärmemesser für Wohnungen“ wurde wenig berührt, und gerade diese Frage interessiert, wie die anschließende Aussprache ergab, die Heizungs- und besonders die Bauindustrie am meisten. Es kam aber klar zum Ausdruck, daß die bestehenden Einzelwärmemesser gute Ergebnisse gezeitigt und sich bei weiterer Verbreitung der Zentralheizung in Siedlungsbauten als ein wichtiger Faktor erwiesen haben. (Man vergleiche Vortrag Wahl: „Stand der Heizungstechnik.“)

## ARBEITSMARKT

Der Beschäftigungsgrad im Baugewerbe. Nach den neuesten amtlichen Mitteilungen ist in allen Berufen des Baugewerbes Anfang November d. J. ein starker Rückgang eingetreten. Die Fertigstellung weiterer Sommerbauten und die ungünstige Entwicklung der Winterbautätigkeit haben zu einem erheblichen An wachsen der Arbeitslosigkeit geführt. Mit 284 715 Arbeitsuchenden ist ein Stand erreicht, der um 169 185 oder 146,4 v. H. über dem des Vorjahres liegt. Die Zugänge verteilen sich auf alle Landesarbeitsamtsbezirke; auf Brandenburg entfallen 15,8 v. H., Bayern 12,2 v. H., Schlesien 8,6 v. H., Nordmark 7,9 v. H., Sachsen 7,5 v. H., Hessen 7,1 v. H., Niedersachsen 6,5 v. H., Südwestdeutschland 6,4 v. H., Pommern und Westfalen je 6,2 v. H., Rheinland und Mitteldeutschland je 5,8 v. H. und Ostpreußen 4,1 v. H. Etwas geringer waren die Zugänge bei den Bauhilfsarbeitern, die sich auf alle Landesarbeitsamtsbezirke mit Ausnahme von Mitteldeutschland verteilen. Diese in erster Linie saisonmäßige Verschlechterung bestätigt auch die Gewerkschaftsstatistik. Von 100 der erfaßten Mitglieder waren 44 v. H. gegenüber 17,6 v. H. im Oktober 1929 arbeitslos.

In derselben Weise hat sich in der Industrie der Steine und Erden die jahreszeitliche Verschlechterung fortgesetzt und in den Ziegeleibetrieben, Kalk- und Zementwerken zu Betriebseinschränkungen und stellenweise zu gänzlicher Stilllegung von Betrieben geführt.

## WOHNUNGSBAU

Beträchtliche Zunahme an Wohnungen von Januar bis September 1930. Die im neuesten Heft von „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichten Zahlen über die Bautätigkeit im September und in den ersten drei Vierteljahren dieses Jahres lassen erkennen, daß der vom Vorjahr mit übernommene Baubestand und nicht zuletzt das zusätzliche Wohnungsbauprogramm hieran großen Anteil haben.

Der wichtigste Vortrag der ganzen Tagung über „Betriebs- und Wirtschaftsergebnisse von Städteheizungen“, für die sich nicht nur sämtliche Teilnehmer, sondern die gesamte deutsche Energiewirtschaft zur Zeit interessiert, wurde von Dipl.-Ing. Schulz, Ob.-Ing. der Berliner Städt. Elektrizitätswerke, gehalten. Zum erstenmal wurden öffentlich Wirtschaftlichkeitszahlen bestehender Heizkraftwerke bekannt, doch leider, wie der Vortragende betonte, ohne Nennung der Namen. Interessante Tabellen zeigten die Unterschiede der Wirtschaftlichkeit der deutschen und der amerikanischen Heiz- und Kraftwerke. Zum Beispiel wird bei dem amerikanischen Heizwerk der Stadt Pittsburgh nebenbei eine Strommenge für eine Stadt von 500 000 Einwohnern erzeugt. Die Vergleiche zeigten die überragende Größe amerikanischer Heizwerke, obenan das New-Yorker Heizwerk mit der 20fachen Wärmeabgabe des größten deutschen Heizkraftwerkes Hamburg. Für Heizkraftwerke sind die Belastungsspitzen der stündlichen Wärmeabgabe weniger hoch als beim Strom. Bei Industrieheizwerken fallen sie mit den Stromspitzen zusammen, während die größten Belastungen der Wohnungsheizwerke nicht mit der größten Stromabgabe zusammenfallen, weshalb diese Werke eine feste Stromspitzenbelieferung an die Elektrizitätswerke übernehmen können. Die feste Abgabe einer Stromspitzenmenge bezeichnete der Vortragende als wirtschaftliches Erfordernis für Heizkraftwerke mit einer Steigerung der Sommerlieferung. Mit der Größe der Anlage steigt der wirtschaftliche Wirkungsgrad. Ferner ist es unwirtschaftlich, die Zahl der Abnehmer wahllos zu erhöhen, denn es kommt auf eine Abnahmesteigerung für 1<sup>m</sup> Rohrleitung an. Bis jetzt kommen auf einen amerikanischen Abnehmer 45<sup>m</sup>, auf einen deutschen Abnehmer aber noch 122<sup>m</sup> Rohrleitung. Bei der Errichtung neuer Heizkraftwerke muß man ferner auf die Verbrauchsdichte der Abnehmer Rücksicht nehmen. Am ehesten kommt Berlin den amerikanischen Großstädten gleich; zu warnen wäre aber dringend, in jeder Stadt wahllos ein Heizkraftwerk zu errichten, denn nur durch strengste Überwachung der Wärmeerzeugung, der Wärmeverteilung und des Wärmeverbrauchs sind in Zukunft wirtschaftliche Resultate des Städteheizproblems zu erzielen. — (Schluß folgt.)

Bauerlaubnisse wurden im September d. J. für rund 13 000 Wohnungen erteilt, das sind etwa 1100 Wohnungen oder 9 v. H. mehr als im Vormonat. desgl. hatten die Baubeginne gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 5 v. H. aufzuweisen. Auch die Zahl der fertiggestellten Wohnungen, die im September d. J. 12 600 Wohnungen betrug, waren gegenüber dem Vormonat um etwa 1000 Wohnungen oder 9 v. H. höher.

Von Januar bis einschließlich September d. J. wurden demnach in 92 Städten 111 300 Wohnungen erstellt gegenüber 79 000 im Jahre 1929 und 80 700 im Jahre 1928.

Vergleichen wir die Ergebnisse von Januar bis September d. J. mit denen des Vorjahres, so kommen wir zu folgenden Zahlen:

Zu- bzw. Abnahme von Jan.—Sept. 1930 gegenüber 1929 in v. H.

|  | Erlaubnisse | Bau-   |            |
|--|-------------|--------|------------|
|  |             | Beginn | Vollendung |
| Wohnungsbau                                    |             |        |            |
| a) Wohngebäude                                 | — 31        | — 21   | + 28       |
| b) Wohnungen                                   | — 30        | — 21   | + 41       |
| Nichtwohngebäude                               |             |        |            |
| a) Öffentl. Gebäude                            | — 28        | — 8    | + 91       |
| b) Gebäude für gewerbl. u. wirtschaftl. Zwecke | — 21        | — 17   | — 3        |

Die Größe des umbauten Raumes der Nichtwohngebäude stieg bei den Bauerlaubnissen von 1 060 000 cbm im August auf 1 580 000 cbm im September (49 v. H. mehr), bei den Baubeginnen von 1 310 000 cbm auf 1 450 000 cbm (11 v. H. mehr). Auch das Volumen der fertiggestellten öffentlichen Bauten erfuhr im September eine Zunahme von 52 v. H. und erhöhte sich damit auf 500 000 cbm, während bei den Vollendungen gewerblicher Gebäude eine erhebliche Verringerung eintrat. Im Vergleich zum Vorjahre sind in den ersten neun Monaten mit Ausnahme der öffentlichen Bauten durchweg mehr oder minder starke Abnahmen festzustellen.



In den Gemeinden über 10 000 Einwohner wurden in den ersten neun Monaten d. J. 141 000 Wohnungen erstellt. Von diesen entfielen auf die Gemeinden über 50 000 Einwohner 120 200 Wohnungen (85 v. H.), von den 120 200 Baubeginnen 86 000 und von den 122 700 Bauerlaubnissen 91 500 (76 v. H.). —

## ARBEITEN DER RFG

Der Arbeitsplan der Reichsforschungsgesellschaft. Die RFG hat jetzt einen Arbeitsplan aufgestellt, der ihre Aufgaben klar umgrenzt. Die wichtigste Aufgabe wird darin erblickt, Untersuchungen über die Mittel und Wege zur Erstellung billiger Wohnungen anzustellen und zu fördern. Somit steht die Wohnung selbst, die Wohnform und die entsprechende Siedlungsform mit den gesamten Fragen ihrer Herstellung und Kostenbildung im Mittelpunkt der Forschungen der RFG. Da aber die Hauptmasse der wohnungsbedürftigen Bevölkerung ihren Wohnanspruch nur in Mietwohnungen mit niedriger Miete befriedigen kann, erstrecken sich die Untersuchungen auch auf alle Faktoren, die an der Mietbildung beteiligt sind.

Die RFG übernimmt keine Aufgaben, die von anderen Stellen ebenso gut gelöst werden können, sie will vielmehr nur auf solchen Gebieten eingreifen, deren Erforschung teils aus Mangel an Mitteln, teils aus Mangel an Auftraggebern bisher unterblieben ist. Darüber hinaus will die RFG die Ergebnisse der gesamten Forschungsarbeit, also auch der an anderer Stelle geleisteten, durch organisatorische Maßnahmen der Verwertung zuführen.

Innerhalb der ganzen Forschungsaufgabe müssen zwei Gruppen von Untersuchungen unterschieden werden. Die erste beschäftigt sich mit der Planung in vollem Umfange, also nicht nur mit Grundriß- und Siedlungsfragen, sondern auch mit den in Betracht kommenden Baustoffen und den durch sie bedingten Konstruktionen sowie mit dem Produktionsgang, der Betriebswirtschaft und der Preisbildung. Eine zweite Gruppe untersucht die Ergebnisse der ersten hinsichtlich ihrer produktionswirtschaftlichen Auswirkung, insbes. auf Arbeitsmarkt, Geldwirtschaft und Wohnungsmarkt.

Auf dem Gebiete der Planung werden 1950/51 vor allem bearbeitet: die Untersuchung der wirtschaftlichen Wohnform der Kleinstwohnung für die werktätige städtische Bevölkerung unter Anlehnung an die Richtlinien zum zusätzlichen Wohnungsbauprogramm des Reiches für 1950 und ohne Bindung an die z. Z. maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen; ferner die Feststellung der Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Erschließungsformen und Grundrißtypen der beim Reichswettbewerb eingereichten Entwürfe sowie Untersuchung der Wirtschaftlichkeit an landwirtschaftlichen Kleinbetrieben in bezug auf bauliche Anlagen und Betriebsformen.

Auf dem Gebiete der Baustoffe und Bauweisen gilt es, für die in den verschiedenen Gegenden Deutschlands vorhandenen Wohnbedürfnisse unter Berücksichtigung der klimatischen Verhältnisse und unter Einsatz der gegebenen bzw. preiswürdig zu beschaffenden Baustoffe das Baugefüge zu finden, dessen Verwendung aus wirtschaftlichen Erwägungen für den Wohnungsbau am meisten zu empfehlen ist. Hier sollen zunächst folgende Aufgaben bearbeitet werden: In den einzelnen Versuchssiedlungen (Dessau, Frankfurt, München, Stuttgart) werden alle in Frage kommenden Bauteile (Decken, Dächer, Fenster, Außenwände, Innenwände, Fußböden) geprüft. Um die Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Baustrukturen gegeneinander abzuwägen, sind zur Vorbereitung der abschließenden Arbeiten einzelne Forscher mit der Untersuchung der Wirtschaftlichkeit der von ihnen vorgeschlagenen Baustruktur betraut.

Die Forschungen auf dem Gebiete des Baubetriebes erstrecken sich auf die Verbesserung und Vereinheitlichung der Maßnahmen bei der Bauvorbereitung, Baudurchführung und Bauinstandhaltung des Hauses, Hofes (Gartens) und der Straße (am Hause) durch die beteiligten Stellen (Behörden, Bauherren, Architekten und Unternehmer). Für das Geschäftsjahr 1950/51 ist auf diesem Gebiete die Bearbeitung u. a. folgender Aufgaben vorgesehen: Ausarbeitung einer Methode zur Berechnung der Baukosten; Auswertung der betriebswirtschaftlichen Erfahrungen im Wohnungsbau zur Aufstellung von Richtlinien für Techniker; Arbeitsuntersuchungen zur Ermittlung der Arbeitszeit der einzelnen Arbeitsvorgänge und zur Erfassung der Verlustquellen beim Beton-Schüttbau; Be-

triebsuntersuchungen bei der Plattenfabrikation der Mayschen Bauweise in Frankfurt a. M.; Arbeitsuntersuchungen bei der Versuchssiedlung der RFG in Hamburg (Ziegelbau im Vergleich zum Schüttbetonbau mit Solomit bei dreigeschossiger Bebauung).

Schließlich will die RFG erforschen, welche wirtschaftlichen, gesetzlichen und technischen Maßnahmen erforderlich sind, um den Kleinwohnungsbau im Rahmen der Gesamtwirtschaft wieder zu einem wirtschaftlich normalen Vorgang zu machen, ohne daß Billigkeit und Brauchbarkeit der Wohnungen darunter leiden.

Zunächst werden im Geschäftsjahr 1950/51 folgende Untersuchungen angestellt: über das Verhältnis von Einkommen und Miete; über die I. Hypothek; über Konjunktur- und Saisonschwankungen in der Bauwirtschaft; Eigenkapital beim Wohnungsbau.

Natürlich ist dieses Programm neu auftretenden Forderungen entsprechend anzupassen. —

## BAUSTOFFE

Holzbalkendecke und Massivdecke. Vom „Bund Deutscher Zimmermeister E. V.“ erhalten wir eine Zuschrift, die wir in ihren sachlichen Angaben zum Abdruck bringen:

In der Wirtschaftsbeilage Nr. 55 vom 27. August dieses Jahres versucht Reg.-Baumeister a. D. Dr.-Ing. Karl Müller, Berlin, den Nachweis zu führen, daß die öffentliche Hand an der Massivdecke ein erhöhtes Interesse besitzen müsse, weil die Ausführung von Massivdecken von günstigstem Einflusse auf den gestörten Arbeitsmarkt und die deutsche Wirtschaftsbilanz sei. Infolge des Fortfalles von Einfuhrkosten der Baustoffe sei der Anteil der inländischen Wertschöpfung bei Massivdecken fast doppelt so groß als bei der Holzbalkendecke, d. h. bei folgerichtiger Durchführung des Vorschlages würde die Arbeitslosenversicherung entlastet und die deutsche Wirtschaft mit einem Schlage gefördert werden. Der Verfasser empfiehlt daher, die Hauszinssteuerhypotheken zu staffeln, je nachdem die Häuser mit Holz- oder Massivdecken hergestellt seien.

Über die Kernfrage, nämlich den wirtschaftlichen und technischen Wert von Massiv- und Holzbalkendecken, hüllt sich der Verfasser in Schweigen und begnügt sich mit dem bloßen Hinweis auf das bekannte Preisausschreiben der vereinigten Zement-, Stahl- und Linoleumindustrie. Wir sehen uns genötigt, im berechtigten Interesse der Holzwirtschaft wenigstens die wesentlichen Irrtümer der Abhandlung zu berichtigen.

1. Der Berechnung ist die Annahme zugrunde gelegt, daß sämtliche für Decken und Fußböden im Inlande verwendete Hölzer der Einfuhr entstammten. Dem Verfasser scheint die Tatsache nicht bekannt gewesen zu sein, daß Deutschland mit seinen 12,65 Mill. ha Waldfläche einen Jahresanfall von etwa 20 Mill. fm Bauhölzern zu verbuchen hat. Es ist kaum anzunehmen, daß jemand ernstlich glauben könnte, in einem Lande, dessen Waldbesitz allein 27 v. H. seiner Gesamtfläche ausmacht und in dem aus nahegelegenen Forsten Bauhölzer jederzeit schnell beschafft werden können, würde das holzverarbeitende Gewerbe unter Aufwendung von Frachtkosten und Zollabgaben auf ausländische Erzeugnisse im Hausbau zurückgreifen. Die tägliche Erfahrung wird den Zweifler darüber belehren. Abgesehen von Hobelware, die nur bei besonders hohen Güteansprüchen der Bauauftraggeber aus dem Auslande bezogen wird, finden für Balken fast ausschließlich deutsche Hölzer Verwendung. Die Bestrebungen des Reichsforstwirtschaftsrates, des Deutschen Städte- und der Holzwirtschaftsverbände gehen aber dahin, auch die einheimischen Holzarten für Hobeldielen wieder im weitesten Umfange nutzbar zu machen. Wenn der Verfasser ferner erklärt, daß die Holzeinfuhr jährlich im Durchschnitt 400 Mill. RM beträgt, so läßt er dabei unberücksichtigt, daß darin nicht nur Bauhölzer, sondern auch Grubenholz, Telegraphenstangen, Schwellen, Faß- und Papierholz sowie der Bedarf für die Kunstseiden- und chemische Industrie einbegriffen sind. Hinzugefügt sei noch, daß Deutschland auf Grund der Versailler Friedensbestimmungen eine erhebliche Menge Nutzhölzer zwangsweise als Sachlieferungen auf Reparationskonto zu leisten hatte; es wurden an Rohnutzholz geliefert:

| 1926 | 1927 | 1928 | 1929         |
|------|------|------|--------------|
| 25,1 | 17,8 | 11,5 | 7,2 Mill. RM |



Schließlich darf auch die deutsche Holzausführung nicht vergessen werden; sie betrug:

| 1913 | 1926 | 1927 | 1928 | 1929          |
|------|------|------|------|---------------|
| 34,7 | 37,8 | 30,2 | 31,4 | 48,4 Mill. RM |

2. Die weitere Behauptung des Verfassers, daß bei den Baustoffen für Massivdecken ein Einfuhrwert nicht in Frage komme, trifft ebenfalls nicht zu. Bekanntlich führt Deutschland aus den angrenzenden Ländern, aus der Schweiz, aus Ungarn und Polen, auch Zement ein; daß die Eisenerze, die verhüttet als „deutsches Eisen“ auf dem Baustoffmarkt wieder erscheinen, zu erheblichem Teile aus dem Auslande kommen, ist bekannt. Die Eisenerzeinfuhr betrug:

| 1926  | 1927  | 1928  | 1929           |
|-------|-------|-------|----------------|
| 157,7 | 342,6 | 247,4 | 363,6 Mill. RM |

Wenn die deutsche Nutzholzeinfuhr im ganzen sich im letzten Jahre auf 586,1 Mill. RM belief, so ersieht man daraus, daß ihr die Eisenerzeinfuhr mit 563,6 Millionen RM nur um ein geringes nachsteht. Diese Zahlen in die Berechnung des Herrn Dr. Müller eingesetzt, würden ein wesentlich anderes Ergebnis zeitigen.

3. Diese volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, die, in ihrer Gesamtheit betrachtet, erst einen zutreffenden Maßstab für wirtschaftliche Vergleiche abgeben könnten, hat der Verfasser völlig außer acht gelassen und eine einseitige Theorie ohne reale Grundlagen aufgebaut. Die Folgerungen der Berechnung entbehren daher jeglicher Beweiskraft. Der vorgeschlagene Plan würde, falls er zur Durchführung käme, nicht eine Lösung, sondern nur eine beruflide Verschiebung des Arbeitslosenproblems herbeiführen und damit von selbst in sich zusammenfallen. —

## WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Der Deutsche Gewerkschaftsbund zur Neuregelung der Wohnungswirtschaft. In einer ausführlichen Eingabe an die verantwortlichen Stellen hat der D. G. B. seine Bedenken zum Wohnungsprogramm der Regierung ausgesprochen. Die schwerwiegendsten sieht der D. G. B. zunächst in der beabsichtigten Kürzung des bisher für den Wohnungsbau verwendeten Anteils aus der Hauszinssteuer um 400 Mill. RM, ein Betrag, der nach dem Wirtschafts- und Finanzprogramm für die Senkung der Steuern, insbes. der Realsteuern, Verwendung finden sollte. Die Kürzung von 400 Mill. RM Hauszinssteuerhypotheken bedeutet in der Praxis das Fehlen von 1 Milliarde RM Baukapital, dessen Beschaffung nach den bisher gemachten Erfahrungen vom freien Kapitalmarkt eine Unmöglichkeit darstellt.

Vom Standpunkt einer Arbeitsbeschaffung aus betrachtet, bedeutet die Verkürzung der Wohnungsbau-mittel eine vermehrte Arbeitslosigkeit. Hierin liegt der größte Widerspruch des Regierungsprogramms. Denn das Wirtschafts- und Finanzprogramm wollte doch mehr Arbeit schaffen, aber nicht die Arbeitsmöglichkeit vermindern. Die Streichung von über 100 000 nach besseren Grundsätzen als jetzt geplanten Wohnungen aus dem Bauprogramm bringt — knapp gerechnet — für 150 000 Bauarbeiter Arbeitslosigkeit; darüber hinaus bleiben mindestens 50 000 Arbeiter aus der Baustoffindustrie ebenfalls ohne Beschäftigung. Die Arbeitslosenfürsorge wird durch die geringere Beschäftigungsmöglichkeit der Bauarbeiter und Baustoffarbeiter allein mit 200 bis 250 Mill. RM belastet.

Der D. G. B. vertritt deshalb die Auffassung, daß es volkswirtschaftlich und steuerpolitisch vorteilhafter ist, mindestens den bisherigen Anteil der Hauszins-steuermittel dem Wohnungsbau zu belassen, weil erst dann einwandfreie geräumige Wohnungen in genügender Zahl und zu tragbaren Mieten errichtet werden können und damit Voraussetzung für einen allmählichen und organischen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft geschaffen wird; zum anderen, weil dadurch das für die Arbeitsbeschaffung so wichtige Schlüssel-gewerbe, wie es das Baugewerbe darstellt, eine An-kurbelung erfährt. Es wäre somit nützlich, die ge-plante Realsteuersenkung so lange hinauszuschieben, bis bessere Wirtschaftsverhältnisse diese Erleichterung ermöglichen. —

## VORSCHRIFTEN UND BESTIMMUNGEN

Hauskläranlagen nach den neuen ministeriellen Richtlinien vom 31. Dezember 1929. Zu den Ausführungen zu diesem Thema von Dr.-Ing. W. Schütz, Berlin, in Nr. 20 der Wirtschafts-Beilage vom 28. Mai dieses Jahres ist in Nr. 52 vom 20. August dieses Jahres eine Entgegnung von Reg.-Bmstr. a. D. Mohr, Wiesbaden, erschienen. Herr Dr.-Ing. Schütz hat hierzu noch ein Schlußwort erbeten, das versehentlich bisher nicht zum Abdruck gekommen ist und das wir hiermit folgen lassen:

„Die Übereinstimmung der Kremer-Hausklär-gruben mit den neuen ministeriellen Richtlinien wird durch ein Gutachten gekennzeichnet, das die Preuß. Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene, Berlin-Dahlem, in Ergänzung früherer Gutachten am 28. August 1930 erstattet hat und das mit folgender Zusammenfassung abschließt“:

„Zusammenfassend wiederholen wir, daß die erwählten Kremer-Klärgruben durchaus zweckmäßige Bauarten darstellen, die bei jeweiliger Bemessung und Anpassung an den einzelnen Fall entsprechend den ministeriellen Richtlinien vom 31. Dezember 1929 diesen voll und ganz entsprechen.“

Bauleistungen und Verdingungsordnung. Der preuß. Minister des Innern weist in einem Rund-erlaß darauf hin, daß die vom Reichsverdingungs-ausschuß aufgestellte Reichsverdingungsordnung für Bauleistungen lückenhaft ist. Es fehlt eine ver-tragliche Bestimmung über die Erfüllung der dem Unternehmer seinen Handwerkern und Ar-beitern gegenüber obliegenden Verbindlichkeiten. Es ist daher beabsichtigt, die Bedingungen durch einen dritten Absatz etwa wie folgt zu ergänzen:

Sollte der Auftragnehmer die ihm aus den Ver-trägen mit seinen Handwerkern und Arbeitern ob-liegenden Verpflichtungen nicht oder nicht pünktlich erfüllen, so bleibt dem Auftraggeber das Recht vor-behalten, die von dem Auftragnehmer geschuldeten Beträge für dessen Rechnung aus seinem Guthaben oder der gestellten Sicherheit unmittelbar an die Be-rechtigten zu zahlen. Dem Auftraggeber ist jedoch vorher Gelegenheit zu geben, sich über die Höhe und die Berechtigung der betreffenden Forderungen in einer bestimmten Frist zu äußern. Geht eine Äußerung nicht pünktlich ein, so kann der Auftragnehmer dem Auftraggeber gegenüber nachträglich keine Ansprüche geltend machen. —

## RECHTSAUSKÜNFTE

Zimmermeister L. in L. (Anspruch auf Ver-gütung bei Zurückziehung eines Auf-trages.)

Tatbestand und Frage. Auf Aufforderung habe ich für einen Kunden einen Kostenanschlag für Zimmerarbeiten aufgestellt (1700 RM). Der Auftrag auf Ausführung der Arbeiten wurde mir dann mündlich vor Zeugen erteilt, die Arbeit aber dann einem anderen übertragen. Kann ein Verdienstausschlag beansprucht werden? Die hiesigen Rechtsanwälte verneinen das.

Antwort. Die Anfertigung eines Kostenanschlages — ohne Auf-stellung eines Bauprojekts — ist bei Bauunternehmern und Hand-werkern i. d. R. nur eine Vorarbeit, um die Erteilung des Auftrages zu erlangen. Der Unternehmer kann dafür eine Vergütung nur in dem (Ausnahme-) Fall verlangen, wenn eine solche ausdrücklich vereinbart wird, während er andernfalls die Kosten als Wer-bungskosten selbst tragen muß.

Ist dagegen die Ausführung der Arbeiten fest übertragen worden — schriftliche Abmachung ist nicht erforderlich; die Erteilung des Auftrages kann mündlich geschehen und beim Bestreiten des Bauherrn durch Zeugen oder Eid bewiesen werden —, so ist ein Werkvertrag (§§ 631 ff. BGB.) zustande gekommen, aus dem der Be-steller zur Zahlung der vereinbarten bzw. taxmäßigen oder üblichen Vergütung verpflichtet wird. Der Unternehmer hat aber keinen Anspruch darauf, daß die Arbeiten tatsächlich durch ihn ausgeführt werden, vielmehr kann der Bauherr jederzeit (vor oder während der Arbeitsausführung) den Vertrag kündigen. In diesem Falle hat er jedoch nach § 649 BGB. die vereinbarte Vergütung zu zahlen. Der Unternehmer muß sich lediglich dasjenige anrechnen lassen, was er infolge Aufhebung des Vertrages an Aufwendungen erspart (oder durch anderweite Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterläßt). Es bleibt dem Unternehmer also etwa der sog. Unternehmergewinn als einklagbare Forderung übrig. —

Rechtsanwalt Dr. Paul Glass, Berlin.